

DeZIM.insights +

Working Paper #07 Berlin, Dezember 2022

Protestpotenzial in der Energiekrise



DeZIM.insights Working Paper #7

Protestpotenzial in der Energiekrise

Elias Steinhilper, Jannes Jacobsen, Jörg Dollmann, Mujtaba Isani, Jonas Köhler, Almuth Lietz, Sabrina J. Mayer, Lisa Walter

Zusammenfassung

Werden die Menschen in Deutschland aufgrund der Inflation und der massiv steigenden Energiepreise im Herbst und Winter 2022 massenhaft auf die Straße gehen? Drohen, wie vielfach befürchtet, ein „heißer Herbst“ oder „Wutwinter“ und eine „Querfront“ aus linken und rechten Akteur*innen? Auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des DeZIM.panels gehen wir den Fragen nach, wie groß das Protestpotenzial aktuell ist und wie dieses Potenzial mit soziodemographischen Merkmalen und politischen Faktoren zusammenhängt. Unsere Analysen zeigen, dass sich rund jede*r vierte Befragte vorstellen kann, aufgrund der hohen Energiepreise zu protestieren. Etwas über die Hälfte will deswegen nicht auf die Straße gehen, knapp jede*r Fünfte ist noch unentschlossen. Bei Personen, die die AfD wählen würden, ist das Protestpotenzial fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus dokumentieren die Daten, dass diejenigen Befragten, die in der Vergangenheit gegen die Corona-Maßnahmen protestiert haben, dreimal so häufig zum Protest in der Energiekrise bereit sind als der Rest der Bevölkerung.

Zentrale Ergebnisse

- Die repräsentative Bevölkerungsbefragung zeigt, dass sich rund jede*r vierte Mensch in Deutschland vorstellen kann, aufgrund der hohen Energiepreise auf die Straße zu gehen. Diese hohe Protestbereitschaft legt nahe, dass es sich bei den politischen und medialen Debatten um einen „heißen Herbst“ nicht nur um „heiße Luft“ handelt. Nichtsdestotrotz will etwas über die Hälfte nicht protestieren, knapp jede*r Fünfte ist noch unentschlossen.
- Fast jede*r Zweite gibt an, in finanzielle Schwierigkeiten zu kommen, wenn sich die Nebenkosten im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln. Diese Personen sind wesentlich eher bereit zu protestieren als der Rest der Bevölkerung (30 % vs. 22 %).
- Bei Personen, die die AfD wählen würden, ist das Protestpotenzial mit 42 % fast doppelt so hoch wie bei potenziellen Wähler*innen anderer Parteien. Alle anderen Parteien bewegen sich im gesellschaftlichen Mittel. Bei potenziellen Wähler*innen der Grünen ist das Protestpotenzial am niedrigsten. Während diese Zahlen wenig darüber aussagen, welche Personen gemeinsam protestieren würden, stehen der vielfach verbreiteten These einer „Querfront“ aus rechten und linken Akteur*innen zumindest sehr unterschiedlich ausgeprägte Protestpotenziale in den politischen Lagern entgegen.
- 52 % der Personen, die gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf die Straße gegangen sind, können sich vorstellen, auch gegen die Energiepreise zu protestieren. Das Protestpotenzial liegt in dieser Gruppe deutlich über dem von Personen, die in der Vergangenheit an Demonstrationen zu anderen Themen teilgenommen haben.
- Auch das Vertrauen in die Politik hängt stark mit der Protestbereitschaft zusammen: Personen, die der Bundesregierung nicht vertrauen, haben mit 42 % ein höheres Protestpotenzial als solche, die ein hohes Vertrauen in sie haben (22 %).
- Von den Personen, die ihre Bereitschaft zum Protest berichten, geht oft nur ein kleinerer Teil tatsächlich auf die Straße. Es bleibt daher abzuwarten, inwiefern sich das Mobilisierungspotenzial in tatsächliche Protestpraxis übersetzt. Hierzu werden die nächsten Erhebungen des DeZIM.panels erste Auskünfte geben können.

In Deutschland prägen die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die politische Agenda. Besonders die hohe Inflation bereitet vielen Menschen Sorgen (Jacobsen et al. 2022) – auch der Regierung: Bundeskanzler Scholz erkannte in den steigenden Preisen bereits im Sommer „sozialen Sprengstoff“ (ARD Tagesschau 2022a). Außenministerin Baerbock wollte selbst „Volksaufstände“ nicht ausschließen, sollten politische Maßnahmen ausbleiben, die die sozialen Folgen der Inflation und insbesondere die explodierenden Energiepreise abfedern (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2022). In der öffentlichen Debatte wurde daraufhin ein „heißer Herbst“ bzw. „Wutwinter“ mit Massendemonstrationen auf deutschen Straßen heraufbeschworen (Posener 2022; Hänsel 2022), auch Vergleiche mit der „Gelbwestenbewegung“¹ in Frankreich kursierten (Eckert und Zschäpitz 2022).

Tatsächlich haben zum Thema Energiekrise und Inflationsfolgen mittlerweile dutzende Proteste mit teilweise mehreren tausend Teilnehmer*innen stattgefunden (Lehmann et al. 2022; Zeit Online 2022). Zu – jeweils eigenen – Protesten aufgerufen haben unterschiedliche politische Spektren, darunter die Parteien Die Linke, die Alternative für Deutschland und die rechtsextreme Kleinstpartei „Freie Sachsen“. Schnell wurden deshalb Befürchtungen laut, es könnte sich eine breite „Querfront“ zwischen linken und rechten gesellschaftlichen Gruppen bilden (Jacobsen 2022; Baumgärtner und Müller 2022).

Trotz der intensiven öffentlichen Diskussion über mögliche Massenproteste fehlen bis jetzt Daten, um die Prognosen und Befürchtungen systematisch überprüfen zu können. In diesem DeZIM.insights Working Paper werten wir eine repräsentative, zufallsbasierte Bevölkerungsbefragung aus, um zwei zentrale Fragen zu klären: Wie groß ist das Protestpotenzial aufgrund der Energiekrise innerhalb der Bevölkerung? Wie hängt dieses Potenzial mit soziodemographischen Merkmalen und politischen Faktoren zusammen?

Die Befunde beruhen auf einer Analyse von Daten von knapp 1.700 Personen, die bei einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des DeZIM.panels zwischen Ende September und Ende Oktober 2022 zu ihrer Protestbereitschaft befragt wurden. Da zum Zeitpunkt der Befragung erst wenige Proteste zum Thema Energiekrise und Inflation stattgefunden hatten, die zudem regional stark auf Ostdeutschland konzentriert waren, untersuchen wir das Protestpotenzial, also die Bereitschaft, an solchen Protesten teilzunehmen.

Eine notwendige Bedingung für Protestbereitschaft ist die Problemwahrnehmung. Nur wenn eine Person eine gesellschaftliche Situation oder politische Entscheidung als Problem mit klar benennbaren Verantwortlichen wahrnimmt, ist zu erwarten, dass sie auf die Straße gehen könnte (Rucht 2012). Für unsere Analysen der protestbereiten Personen stellen wir daher zuerst dar, wie es um die Problemwahrnehmung der Energiekrise in Deutschland bestellt ist und untersuchen dann, wie das Protestpotenzial mit anderen Faktoren zusammenhängt. Hierfür betrachten wir zum einen soziodemographische Variablen, von denen bekannt ist, dass sie in der Protestforschung eine wichtige Rolle spielen. Zum anderen nehmen wir kurzfristige und langfristige Faktoren in den Blick, die in der Forschung und medialen Debatte vielfach diskutiert werden, darunter die Bindungen an Parteien, Institutionenvertrauen sowie Protestverhalten in der Vergangenheit.

¹ Die „Gelbwestenbewegung“ entstand im Herbst 2018 infolge der Erhöhung von Kraftstoffpreisen in Frankreich und entwickelte sich schnell zu einer Massenmobilisierung, die sowohl linke als auch rechte Strömungen umfasste (Rucht 2019).

Das DeZIM.panel

Um die immer komplexer werdende Gesellschaft in Deutschland abbilden zu können, wurde 2021 das DeZIM.panel aufgebaut, das eine repräsentative, längsschnittliche Dauerbefragung der Bevölkerung erlaubt (Dollmann et al. 2022a). Es handelt sich dabei um eine postalisch rekrutierte Umfrage-Infrastruktur, mit der aktuelle Stimmungen und Trends unter in Deutschland lebenden Personen, die zwischen 1941 und 2004 geboren sind, ermittelt werden können. Dazu werden nicht nur Personen ohne Migrationsgeschichte, sondern auch bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationsgeschichte befragt. Im DeZIM.panel sind letztere Gruppen überrepräsentiert. Dadurch liefert es genügend Fälle für Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Gruppen – eine einzigartige Struktur in der deutschen Erhebungslandschaft.

Ergebnisse

Die Ergebnisse werden im Folgenden grafisch dargestellt. In dem Säulendiagramm zeigt der linke Teil die Verteilung der Gesamtbevölkerung. Es folgt eine Differenzierung nach Geschlecht, formaler schulischer Ausbildung (niedrig, mittel, hoch) sowie Altersgruppen. Die Koeffizientenplots stellen die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (Predictive Margins) aus einer multinominalen logistischen Regression dar. Das Modell kontrolliert neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht, Einkommen, Alter, Bildungsniveau und Wohnregion (unterteilt nach Ost- und Westdeutschland).

Wer ist bereit zu demonstrieren?

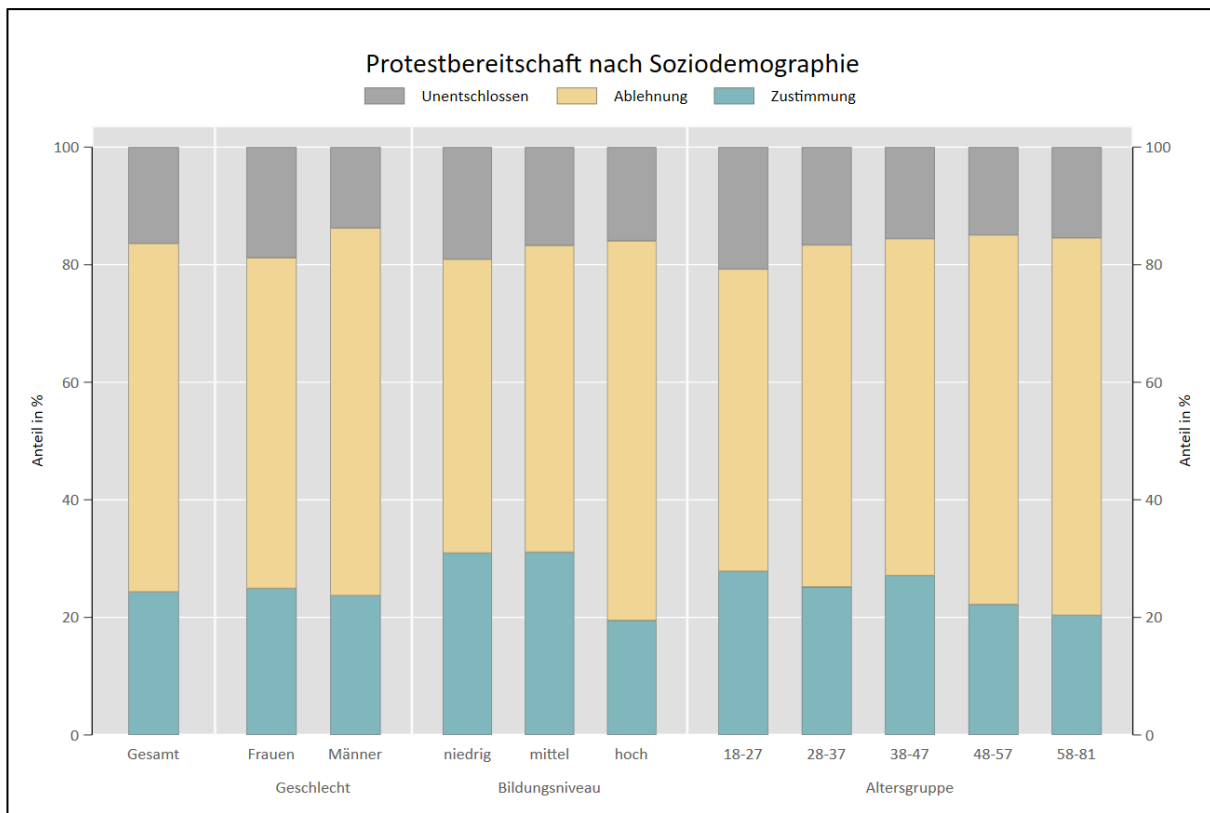
Gesellschaftliche Krisen haben in der Vergangenheit regelmäßig als Katalysatoren sozialer Konflikte mit steigendem Protestaufkommen gewirkt. Ein jüngeres Beispiel sind die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Grande et al. 2021). Aber auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in Deutschland viele Menschen mobilisiert: Das soziale Engagement nahm zu und knapp sieben Prozent der deutschen Bevölkerung beteiligten sich an Friedensdemonstrationen (Höltmann et al. 2022). Mit Blick auf die massiv gestiegenen Energiekosten zeigen auch unsere Daten ein erhebliches Protestpotenzial: 25 % der Befragten können sich vorstellen zu protestieren, 58 % der Personen haben das nicht vor. 17 % der Befragten sind noch unentschlossen.

Wie frühere Studien zeigen, stellt insbesondere die Problemwahrnehmung eine notwendige Bedingung für Protestbereitschaft dar. Eine frühere DeZIM.panel-Erhebung zeigte, dass 70 % der deutschen Bevölkerung die Höhe der Inflation kennen und sich fast die Hälfte der Befragten von der Inflation stark betroffen fühlt (Jacobsen et al. 2022). Bei der Wahrnehmung, dass sich Deutschland aktuell in einer Krise befindet, scheinen die Energiepreise eine bedeutende Rolle zu spielen. In unserer aktuellen Befragung geben 46 % an, dass sie bei einer Verdopplung der Nebenkosten in finanzielle Schwierigkeiten geraten würden.

Ein erster Blick auf die soziodemographische Zusammensetzung der Protestbereiten zeigt keine größeren Unterschiede zwischen Männern und Frauen, jedoch eine überproportionale Beteiligungsbereitschaft von Personen mit niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen sowie in den jüngeren Altersgruppen. Hier weichen die Daten deutlich von früheren Befunden zur Protestbeteiligung in Deutschland ab (Sommer et al. 2021), die zeigen, dass sich vor allem Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und mittleren Alters an Demonstrationen beteiligen. Ob diese Unterschiede aus den spezifischen Auswirkungen der Energiekrise auf bestimmte Gruppen resultieren oder daraus, dass wir Protestbereitschaft statt tatsächlicher Protestpraxis abgefragt haben, können wir nicht abschließend klären. Wir vermuten jedoch, dass die abweichende soziostrukturelle Zusammensetzung der Protestbereiten darauf zurückgeht, dass die unteren Einkommensschichten und (junge) Familien besonders stark von den steigenden (Energie-)Preisen betroffen

sind. Daher betrachten wir in einem nächsten Schritt den Zusammenhang zwischen Protestbereitschaft und finanzieller Betroffenheit.

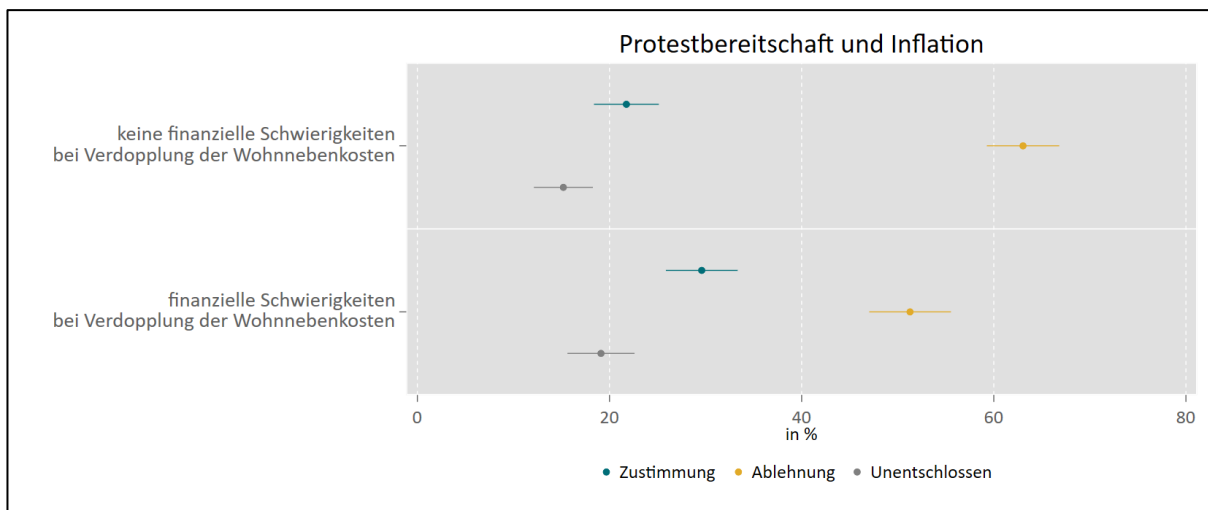
Abbildung 1: Protestbereitschaft nach Soziodemographie



Protestbereitschaft und finanzielle Betroffenheit

Eine naheliegende Erwartung ist, dass die unmittelbare Betroffenheit etwa von einem gesellschaftlichen Problem oder einer politischen Entscheidung die Protestbereitschaft beeinflusst (Kurer et al. 2018). Die Daten des DeZIM.panels zeigen bereits, dass sich fast die Hälfte der Bevölkerung von der Inflation stark betroffen fühlt (Jacobsen et al. 2022). Priem und Koautor*innen unterstreichen darüber hinaus, dass es die weniger wohlhabenden Teile der Bevölkerung sind, die besonders unter den gestiegenen Energiepreisen leiden (Priem et al. 2022). Diese Erklärung zog beispielsweise der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, für die Häufung von Protesten in ostdeutschen Städten heran (ARD Tagesschau 2022b). In der Tat belegen unsere Daten, dass die Energiekrise gesellschaftliches Konfliktpotenzial birgt: Personen, für die eine Verdopplung der Wohnnebenkosten große finanzielle Probleme bedeuten würde, sind deutlich stärker zum Protest bereit (30 % vs. 22 %).

Abbildung 2: Protestbereitschaft und Inflation, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

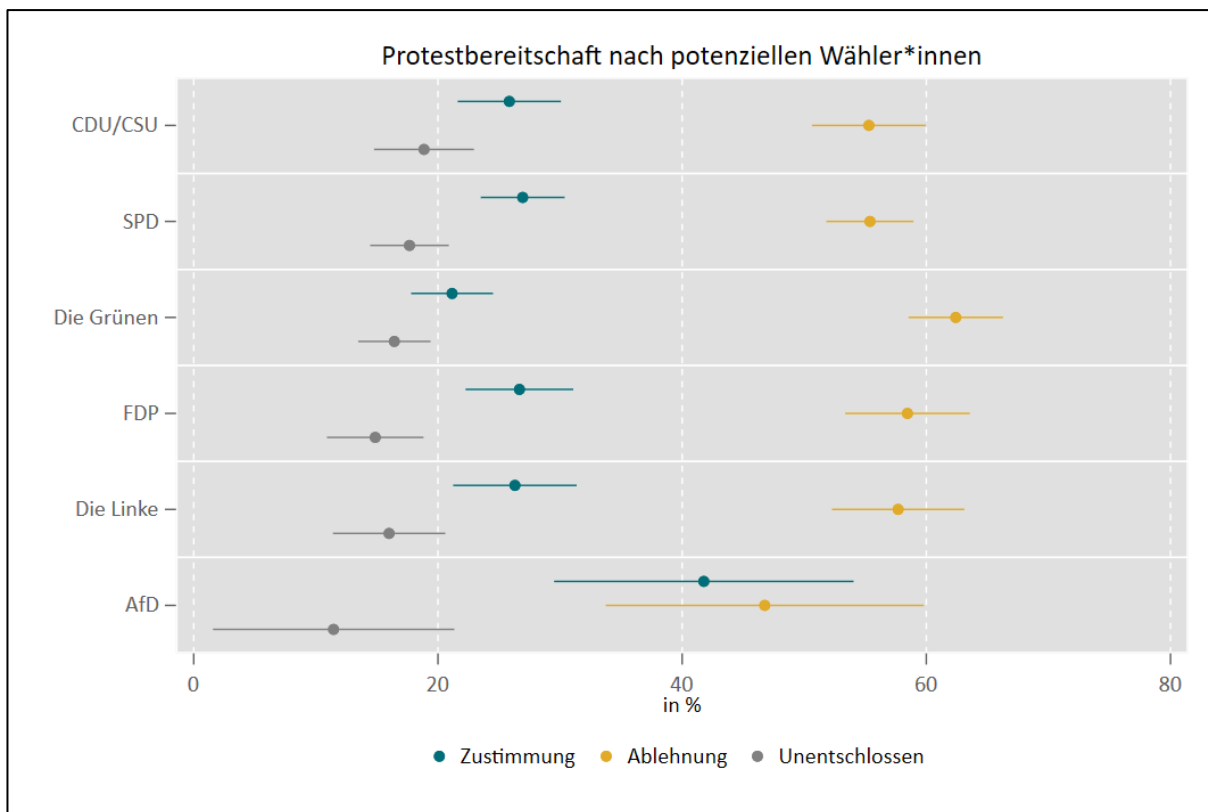


Anmerkung: Der Koeffizientenplot stellt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (Predictive Margins) aus einer multinominalen logistischen Regression dar. Das Modell kontrolliert neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht, Einkommen, Alter, Bildungsniveau und Wohnregion (unterteilt nach Ost- und Westdeutschland). Zusätzlich zu den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten in Prozent wird das 95% Konfidenzintervall angezeigt, die Ergebnisse sind gewichtet. N=1.656.

Protestbereitschaft und die Wahlbereitschaft für politische Parteien

Im nächsten Schritt untersuchen wir nun, wie die Protestbereitschaft mit der Bereitschaft zusammenhängt, bestimmte politische Parteien zu wählen. In der öffentlichen Debatte kursiert die These, dass die steigenden Energiekosten insbesondere Menschen an den Rändern des politischen Spektrums mobilisieren und sich eine breite sogenannte „Querfront“ aus Anhänger*innen unterschiedlicher politischer Lager herausbilden könnte, deren gemeinsame Proteste über eine potenzierte Mobilisierungskraft verfügen würden. Da wir nicht explizit erhoben haben, ob protestbereite Personen, die sich links verorten, auch mit Menschen am anderen Ende des politischen Spektrums demonstrieren würden, lassen unsere Daten zur „Querfront“-These keine Aussagen im engeren Sinn zu. Unsere Betrachtung des Protestpotenzials zeigt jedoch, dass die Mobilisierungswahrscheinlichkeiten nicht gleichverteilt sind, sondern am rechten Rand deutlich stärker ausgeprägt sind. Potenzielle Wähler*innen der AfD sind mit 42 % teilweise doppelt so häufig zum Protest bereit wie potenzielle Wähler*innen anderer Parteien. Dagegen liegt das Protestpotenzial von Anhänger*innen aller anderen etablierten Parteien im gesellschaftlichen Mittel und ist bei potenziellen Wähler*innen der Grünen am niedrigsten.

Abbildung 3: Protestbereitschaft nach potenziellen Wähler*innen, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten



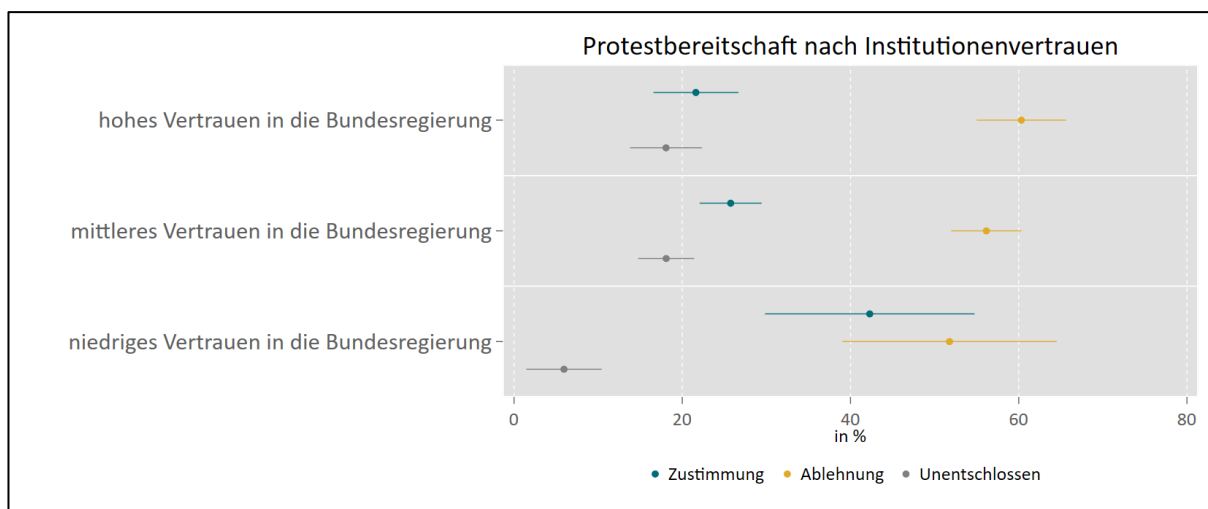
Anmerkung: Der Koeffizientenplot stellt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (Predictive Margins) aus einer multinominalen logistischen Regression dar. Das Modell kontrolliert neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht, Einkommen, Alter, Bildungsniveau und Wohnregion (unterteilt nach Ost- und Westdeutschland). Zusätzlich zu den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten in Prozent wird das 95% Konfidenzintervall angezeigt, die Ergebnisse sind gewichtet. n=1.656.

Die Protestbereitschaft in der Energiekrise ähnelt bezüglich der überproportionalen Protestbereitschaft unter AfD-Anhänger*innen dem Mobilisierungspotenzial der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen (Grande et al. 2021).

Protestbereitschaft und Institutionenvertrauen

Die Parallelen im Protestpotenzial zu zwei inhaltlich unterschiedlichen Themen wirft Fragen nach den Gemeinsamkeiten der Protestierenden auf, die wir hier nicht abschließend diskutieren können. Eine naheliegende Vermutung ist, dass die Protestierenden eine große Distanz zu den demokratischen Institutionen eint, die sie grundsätzlich gegen Maßnahmen der Regierung opponieren lässt. Vor diesem Hintergrund haben wir untersucht, wie das Vertrauen in die Bundesregierung mit dem Protestpotenzial in Zusammenhang steht. Die Ergebnisse zeigen, dass diejenigen, die angeben, der Bundesregierung wenig zu vertrauen, ein deutlich höheres Protestpotenzial von 42 % aufweisen als die, die angeben, ein hohes (22 %) oder mittleres Vertrauen (26 %) in die Bundesregierung zu haben.

Abbildung 4: Protestbereitschaft nach Institutionenvertrauen, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten



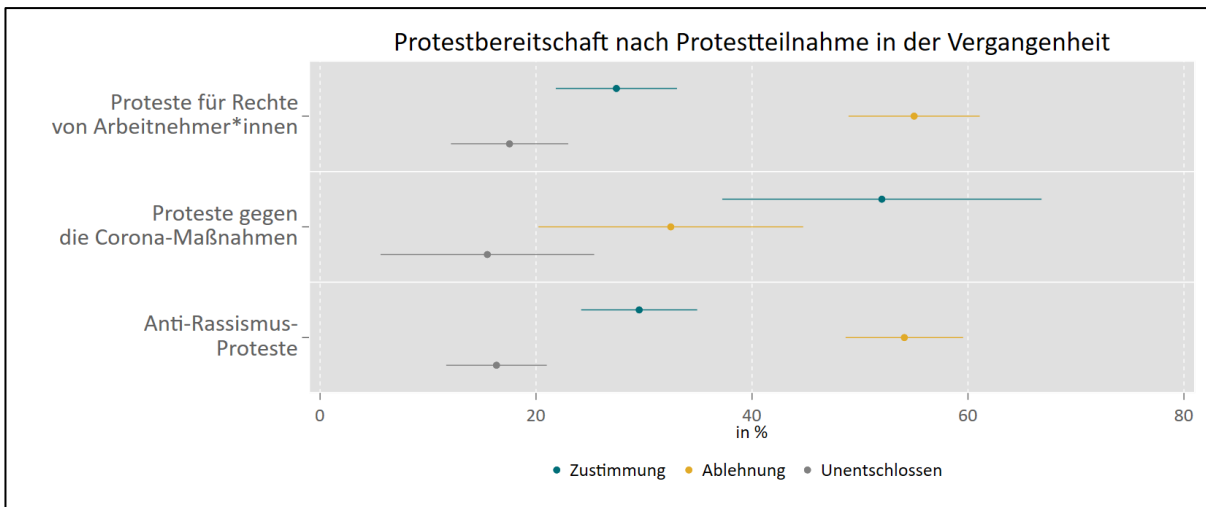
Anmerkung: Der Koeffizientenplot stellt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (Predictive Margins) aus einer multinominalen logistischen Regression dar. Das Modell kontrolliert neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht, Einkommen, Alter, Bildungsniveau und Wohnregion (unterteilt nach Ost- und Westdeutschland). Zusätzlich zu den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten in Prozent wird das 95% Konfidenzintervall angezeigt, die Ergebnisse sind gewichtet. n=1.656.

Derart geringe Werte beim Institutionenvertrauen sind nicht bei allen Protesten zu beobachten. Im Gegenteil unterscheiden vergleichende Studien zum Profil von tatsächlich Protestierenden in Deutschland die „zuversichtlichen Kritiker*innen“ (*confident critics*) mit in Bezug auf die Gesamtbevölkerung überdurchschnittlichen Vertrauenswerten (z.B. Fridays for Future) von den „verdrossenen Kritiker*innen“ (*disenchanted critics*), die demokratischen Institutionen misstrauen (z.B. Pegida) (Daphi et al. 2021, eigene Übersetzung). Unsere Daten geben erste Hinweise darauf, dass es sich bei Protesten in der Energiekrise überwiegend um letzteren Typus handeln könnte.

Protestbereitschaft und Protest zu anderen Themen

Anschließend an diese Beobachtung erlauben unsere Daten, mögliche Kontinuitäten zwischen den aktuellen Protesten in der Energiekrise und Protesten zu anderen Themen zu identifizieren. In vorherigen Befragungswellen des DeZIM.panels haben wir gefragt, zu welchen Themen die Befragten in der Vergangenheit protestiert haben. Teilnehmer*innen an vergangenen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen sind auch in der Energiekrise in einem besonderen Ausmaß protestbereit (52 %). Eine frühere Teilnahme an Protesten für die Rechte von Arbeitnehmer*innen, die thematisch eher die soziale Frage berühren, stehen dagegen in keinem Zusammenhang zur aktuellen Protestbereitschaft.

Abbildung 5: Protestbereitschaft nach Protestteilnahme in der Vergangenheit, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten



Anmerkung: Der Koeffizientenplot stellt die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (Predictive Margins) aus einer multinominalen logistischen Regression dar. Das Modell kontrolliert neben den in diesem Bericht erwähnten Größen zusätzlich für Geschlecht, Einkommen, Alter, Bildungsniveau sowie Wohnregion (unterteilt nach Ost- und Westdeutschland). Zusätzlich zu den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten in Prozent wird das 95% Konfidenzintervall angezeigt, die Ergebnisse sind gewichtet. n=1.656.

Ausblick: Die Energiekrise als Konflikttreiber

Die Untersuchung zeigt eine hohe Protestbereitschaft infolge der steigenden Energiepreise in Deutschland. Insbesondere dokumentieren die Daten ein hohes Mobilisierungspotenzial der politischen Rechten. Zudem zeigt sich, dass ein bedeutender Teil der Personen, die gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie demonstriert haben, bereit ist, aufgrund der hohen Energiepreise auf die Straße zu gehen. Diese Kontinuität ist ein Hinweis darauf, dass sich in Deutschland ein Protestmilieu herausbildet, das sich durch geringeres Vertrauen in die demokratischen Institutionen auszeichnet und die politischen Entscheidungen der Bundesregierung und Regierungsparteien mit Misstrauen und Opposition begleitet – unabhängig vom Thema (Amlinger und Nachtwey 2022).

Mit Blick auf die Protestbereitschaft derjenigen, denen die steigenden Energiepreise finanzielle Schwierigkeiten bereiten, wird deutlich, dass die Bundesregierung gut daran tut, die finanziellen Härten für die weniger wohlhabenden Teile der Bevölkerung abzufedern. So kann sie auch rechtspopulistischen Mobilisierungsversuchen teilweise den Wind aus den Segeln nehmen.

Die in dieser Studie dokumentierte hohe Protestbereitschaft von über einem Viertel der Bevölkerung legen den Schluss nahe, dass es sich bei den politischen und medialen Debatten um einen „heißen Herbst“ um mehr als nur „heiße Luft“ handelt. Die Daten erlauben es, Proteste in der Energiekrise einzuordnen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Krise dynamisch ist und sich sowohl Rahmenbedingungen als auch politische Einstellungen in kurzer Zeit ändern können. Darüber hinaus geht von den Personen, die ihre Bereitschaft zum Protest berichten, oftmals nur ein kleinerer Teil tatsächlich auf die Straße (Klandermans und Oegema 1987). Solche Abweichungen zwischen Bereitschaft und tatsächlichem Verhalten haben wir bereits in einem ähnlichen Zusammenhang beobachtet (Dollmann et al. 2022b). Es bleibt daher abzuwarten, inwiefern sich das Mobilisierungspotenzial im Verlauf des Herbsts und Winters in tatsächliche Protestpraxis übersetzt. Hierzu werden die nächsten Erhebungen des DeZIM.panels erste Auskünfte geben können.

Methodenbericht

Die Zielpopulation des DeZIM.panels umfasst alle in Deutschland lebenden Personen mit und ohne Migrationsgeschichte, die zwischen den Jahren 1941 und 2004 geboren sind (Dollmann et al. 2022a; Ruland und Sandbrink 2022). Die Stichprobe des DeZIM.panels basiert auf einem zweistufig geschichteten Ansatz mit dem Ziel, bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional häufig in der Stichprobe zu berücksichtigen: (1) Türkeistämmige Personen, (2) Menschen aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, (3) Personen aus Staaten mit ehemaligen Gastarbeiterabkommen (außer Türkei) sowie (4) (Spät-)Aussiedler*innen. Alle anderen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte wurden für die Stichprobenziehung in einer (5) fünften Kategorie zusammengefasst. Die erste Stichprobenstufe umfasst alle Gemeinden in Deutschland. Hieraus wurden 57 Gemeinden zufällig ausgewählt (proportional zur Gemeindegröße, PPS: „probability proportional to size“), was 60 Stichprobenpunkte ergibt. Einige große Gemeinden wie Berlin umfassten mehr als einen Stichprobenpunkt. Um die Gesichtvalidität der Stichprobe zu gewährleisten, wurden zwei implizite Stratifizierungsmerkmale mit einbezogen, nämlich das Bundesland und die Gemeindegrößenklasse (BIK) der Gemeinden. Nach der Auswahl der relevanten Primärstichprobe wurden die ausgewählten Einwohnermeldeämter der Gemeinden gebeten, Namen und Adressen von zufällig ausgewählten Adressen der Bevölkerung zu übermitteln. In einem zweiten Schritt wurden die Adressen ausgewählt. Da das DeZIM.panel auf die Überrepräsentation der Gruppen 1–4 (s.o.) abzielt, Informationen zur Gruppenzugehörigkeit bei den Einwohnermeldeämtern allerdings nicht verfügbar sind, wurde ein namensbasiertes Verfahren zur Vorklassifikation des Migrationshintergrundes gewählt (Humpert und Schneiderheinze, 2000). Anhand des Vor- und Nachnamens wird hierbei festgelegt, aus welchem Land die Personen (höchstwahrscheinlich) stammen. Danach wurden die Personen aus den (vermuteten) Ländergruppen 1–4 überproportional häufig gezogen. In den Analysen werden Designgewichte eingesetzt, um die unterschiedlichen Ziehungswahrscheinlichkeiten der Personen aus den verschiedenen Herkunftsgruppen zu berücksichtigen. Da es sich nur um eine namensbasierte Vorklassifikation handelt, werden alle Personen im Laufe der Umfrage nach ihrer tatsächlichen Migrationsbiographie gefragt. Die in der Analyse ausgewiesenen Gruppenzugehörigkeiten beruhen daher auf den tatsächlichen und nicht den vermuteten Herkunftsländern. Die Analysen dieses Berichts basieren auf der vierten Welle des DeZIM.panels und umfassen 1.656 Personen. Um zu gewährleisten, dass die Befunde statistisch verallgemeinerbar sind, wurden die Daten gewichtet. Hierfür wurde ein Gewicht verwendet, das die Ziehungswahrscheinlichkeit der Initialerhebung (Design- und Ausfallgewicht) mit einem Bleibefaktor kombiniert. Der Bleibefaktor bildet sich aus der inversen Wahrscheinlichkeit, in Welle 4 teilzunehmen, sowie die Fragen zur Protestbereitschaft und zu allen Kontrollvariablen zu beantworten. Diese Bleibewahrscheinlichkeit wurde mittels einer logistischen Regressionsanalyse geschätzt. Erklärende Faktoren hierfür waren: Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstatus, Bildung, politisches Engagement, Einkommen, religiöse Zugehörigkeit, Diskriminierungserfahrungen, Migrationshintergrund, Staatsbürgerschaft sowie Wohnort (unterteilt nach Ost- bzw. Westdeutschland). Die Frage nach der Protestbereitschaft lautete: „Wären Sie bereit, sich Demonstrationen anzuschließen, wenn die Gaspreise in Deutschland im Herbst ansteigen?“ und wurde auf einer Antwortskala 1 „ja“ 2 „nein“ und 3 „weiß nicht“ erfasst. Für Bildung greifen wir auf eine Aggregation der Standardklassifizierung ISCED zurück - niedrig entspricht keinem bzw. einem Hauptschulabschluss, mittel dem Realschulabschluss und hoch dem Abitur.

Literatur

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022). Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin, Suhrkamp.
- ARD Tagesschau (2022a). Sommerinterview mit Scholz. Die Heizkosten als „sozialer Sprengstoff“. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/scholz-sommerinterview-105.html>.
- ARD Tagesschau (2022b). Politik der Bundesregierung. Wieder Proteste in ostdeutschen Städten. <https://www.tagesschau.de/inland/proteste-ostdeutschland-energiekrise-101.html>
- Baumgärtner, Maik/Müller, Ann-Kathrin (2022). Rechter und linker Protest in Berlin. So kam es zur ersten Querfront im „heißen Herbst“. Spiegel Online vom 2022.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon (2021). Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations. German Politics, <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1998459>.
- Dollmann, Jörg/Mayer, Sabrina J./Lietz, Almuth/Siegel, Madeleine/Köhler, Jonas (2022a). DeZIM.panel – Data for Germany’s Post-Migrant Society. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.
- Dollmann, Jörg/Mayer, Sabrina Jasmin/Jacobsen, Jannes/Köhler, Jonas/Lietz, Almuth/Siegel, Madeleine (2022b). Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels. DeZIM.insights Working Paper 4.
- Eckert, Daniel/Zschäpitz, Holger (2022). Gelbwesten in Deutschland? Die Angst vor dem Wut-Herbst wächst. Welt Online vom 2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2022). Deutsche Außenministerin malt Schreckensszenario. FAZ Online vom 2022.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021). Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper ZZ 201-601.
- Hänsel, Jana (2022). Kaltes Geschäft mit heißer Wut. Zeit Online vom 2022.
- Höltmann, Gesine/Hutter, Swen/Rößler-Prokhorenko, Charlotte (2022). Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg.
- Humpert, Andreas/Schneiderheinze, Klaus (2000). Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen: Einsatzmöglichkeiten der Namenforschung. ZUMA Nachrichten 24: 36–63.
- Jacobsen, Jannes/Dollmann, Jörg/Köhler, Jonas/Lietz, Almuth/Mayer, Sabrina J./Siegel, Madeleine (2022). Folgen der Inflation in Deutschland. DeZIM.insights Working Paper Nr. 3.
- Jacobsen, Lenz (2022). Proteste gegen Energiepreise: Ihre Wut ist nicht dieselbe. Zeit Online vom 2022.
- Klandermans, Bert/Oegema, Dirk (1987). Potentials, Networks, Motivations, and Barriers: Steps Towards Participation in Social Movements. *American Sociological Review* 52 (4), 519–531.
- Kurer, Thomas/Häusermann, Silja/Wüest, Bruno/Enggist, Mathias (2018). Economic grievances and political protest. *European Journal of Political Research* 58 (3), 866-892.
- Lehmann, Timo/Maxwill, Peter/Müller, Ann-Kathrin (2022). Demonstration in Leipzig. „Heißer Herbst“, eher lauwarm. Spiegel Online vom 2022.
- Posener, Alan (2022). „Wutwinter“. Die Regierung scheut notwendige Grausamkeiten. Zeit Online vom 2022. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-08/wutwinter-olaf-scholz-entlastungspakete-ampel>.

- Priem, Maximilian/Kritikos, Alexander S./Morales, Octavio/Düding, Johanna Schulze (2022). Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.845417.de/publikationen/wochenberichte/2022_28_1/folgen_der_inflation_treffen_untere_mittelschicht_besonders__staatliche_hilfspakete_wirken_nur_begrenzt.html
- Rucht, Dieter (2012). Massen mobilisieren. APuZ 25-26/2012, 3–9.
- Rucht, Dieter (2019). Die Gelbwestenbewegung. Stand und Perspektiven. ipb working paper 1/2019.
- Ruland, Michael/Sandbrink, Katharina (2022). Methodenbericht: Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland. Rekrutierungsstudie DeZIM OAP. s.
- Sommer, Moritz/Steinilper, Elias/Zajak, Sabrina (2021). Wer protestiert? Das Profil von Protestierenden in Deutschland im Wandel. In: Martin Langebach (Hg.). Zeitbild - „Protest. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 44–63.
- Zeit Online (2022). Bilanz Protest in Berlin. 10.000 Teilnehmer bei AfD-Demonstration vom 2022.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2022. Alle Rechte vorbehalten.

Steinhilper, Elias; Jacobsen, Jannes; Dollmann, Jörg; Isani, Mujtaba; Köhler, Jonas; Lietz, Almuth; Mayer, Sabrina J.; Walter, Lisa (2022): Protestpotenzial in der Energiekrise. DeZIM.insights Working Papers 7, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM.insights Working Papers geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76
10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Elias Steinhilper, Jannes Jacobsen, Jörg Dollmann, Mujtaba Isani, Jonas Köhler, Almuth Lietz, Sabrina J. Mayer, Lisa Walter

Covergestaltung

Linda Wölfel

DOI

10.31235/osf.io/9dvf6

ISBN

978-3-948289-44-7

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Forschungseinrichtung, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Es forscht zu den Themenfeldern Integration und Migration, Konsens und Konflikt sowie gesellschaftliche Teilhabe und Rassismus. Das DeZIM stützt sich auf zwei Säulen: das DeZIM-Institut und die DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Es wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Berlin-Mitte.

Gefördert vom:

